Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 4

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

lich, andere Schlachten gut zu schlagen, wenn die ideologische Schlacht nicht siegreich durchgeführt wird...» Aus diesem Satz leuchten aber auch die bestehenden Schwierigkeiten auf; nämlich, dass, obwohl man das System der politischen Kommissare, welche die Tätigkeit der Armeeoffiziere überwachen, von der Sowjetunion rahmenmässig übernommen hat und man versucht, das Offizierskorps zu verpolitisieren, scheint es doch bis zur verlässlichen politischen Durchorganisierung der Armee noch ein weiter Weg zu sein.

Bewaffnung im Aufbau

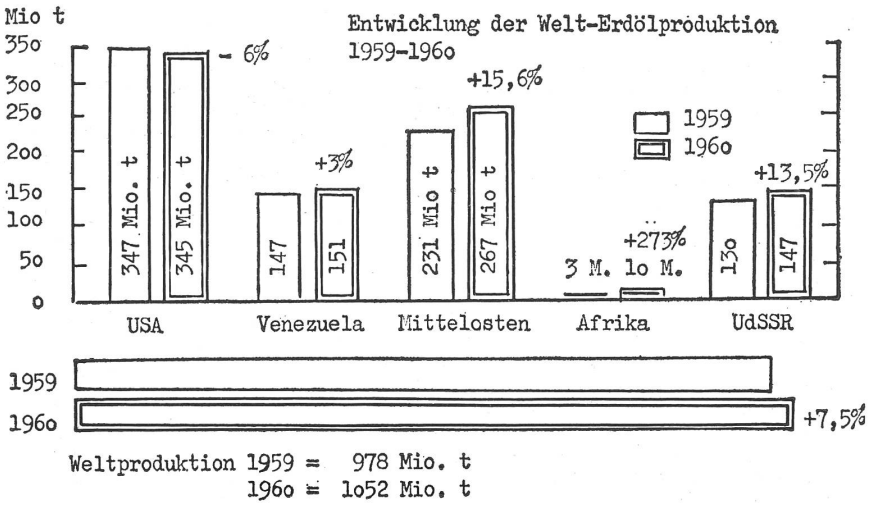
Die Bewaffnung der Armee dürfte noch nicht auf dem modernsten Stand angelangt sein. Als Hauptwaffenlieferant kann die Sowjetunion angesehen werden. Das trifft hauptsächlich auf Panzer, Flugzeuge und Handfeuerwaffen zu. Seit Mitte 1960 dürften die Chinesen auch über Raketengeschosse mit einem Aktionsradius von zirka 800 Meilen verfügen, die sie von der Sowjetunion erworben haben und die etwa den Matador-Fernlenkgeschossen alten Typs entsprechen dürften. Im Rahmen von Abkommen ist der Austausch technischer Daten und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf dem Gebiete der Atomphysik vorgesehen. Die Aufstellung atomarer Abschussbasen in den Grenzgebieten, wie z. B. in Tibet, wurde bisher von sowjetischen Militärfachleuten geleitet und dürfte einem Geheimabkommen zwischen beiden Ländern zugrunde liegen. Allerdings ist Rotchina in zunehmendem Masse bestrebt, seine eigene Waffenproduktion zu intensivieren.

Es ist festzustellen, dass die chinesischen Kommunisten mit allen Mitteln bestrebt sind, in möglichst kurzer Zeit ein unabhängiges, modernes und schlagkräftiges Millionenheer zu entwickeln. Im Falle eines Krieges käme ihnen das militärisch durchorganisierte Hinterland mit der Bürgermiliz als unerschöpfliche Reserve zugute. Wenn dieses Heer bisher auch nicht durch die modernste Bewaffnung besticht, so ist es doch durch seinen Massencharakter unbedingt ernst zu nehmen und stellt für den Fernen Osten einen keineswegs zu unterschätzenden Gefahrenherd dar.

Die Buchbesprechung

«Der Bolschewismus und die christliche Existenz»

Unter diesem Titel hat Fedor Stepun im Kösel-Verlag München 1959 ein Buch veröffentlicht, in welchem er versucht, auf die Frage zu antworten, ob Russland zu Europa oder zu Asien gehöre. Ferner weist er auf die historischen Wurzeln des Leninismus hin und setzt sich mit dem Pseudo-Glauben des Bolschewismus auseinander. Der Autor vertritt die Meinung, dass Russland zu Europa gehöre, da selbst die bolschewistische Revolution keine Hinwendung Russlands zu Asien zu wirken vermochte. Nach ihm ging die russische Revolution von 1917 nicht vom Proletariat aus, da in Russland weder eine Bourgeoisie noch ein Proletariat im eigentlichen soziologischen Sinne existierte, sondern von der revolutionären Intelligenz, welche aus dem Geist der petrinischen Reformen geboren wurde und ihre Fortsetzung in der Partei der Bolschewiken unter Lenin fand. Der Bolschewismus ist eine materialistische Heilslehre, die gegen alle Religionen ankämpft. Der Bolschewik ist von einem festen Glauben und von Ideen besessen, für welche er zu sterben bereit ist. Der Pseudoglaube des Bolschewismus kann nach Ansicht des Verfassers nicht durch den Kleinmut des westeuropäischen Christentums bekämpft werden, sondern nur durch einen verstärkten christlichen Glauben. Der «nationalistische Messianismus» der weissen Menschheit hat die farbigen Völker in Asien und Afrika in die «tückischen Hände» des Bolschewismus gespielt. Deshalb müsse in Europa in dieser Hinsicht ein radikaler Gesinnungswandel eintreten, der zum echten christlichen Glauben zurückführt. KU.



Welt-Erdölproduktion 1959—1960

Im vergangenen Jahre stieg die Welt-Erdölproduktion um 73 Millionen Tonnen an und überschritt zum erstenmal die Grenze von 1000 Millionen Tonnen. Den Hauptanteil an diesem Zuwachs haben die Länder des Mittelostens und die UdSSR aufzuweisen. Die Sowjetunion konnte sogar ihre Vorkriegsstellung als zweitgrösstes Förderland zurückgewinnen.

Da die Produktion in den USA leicht zurückging und Kanada und Venezuela nur kleinere Gewinne zu verzeichnen haben, hat sich die Erdölproduktion in der westlichen Hemisphäre 1960 nur um 1,5 Prozent erhöht.

Für die nächsten Jahre erwartet man den grössten Anstieg in Afrika. Die Produktion in der Sahara soll im laufenden Jahre 18 Millionen Tonnen erreichen. In Nigeria erwartet man bis 1965 eine Jahresproduktion von 5 Millionen Tonnen. Die gesamte Weltproduktion soll in diesem Jahre weiter ansteigen, aber das Tempo wird mässiger sein als in 1960.

Wirtschaft

Tschechoslowakei

Auch Novotny rügt

Aehnlich wie Chruschtschew in der Sowjetunion, hat auch der Parteisekretär des tschechoslowakischen Mustersatelliten, Antonin Novotny, schwere Kritik an der Wirtschaft seines Landes geübt. Die Aussetzungen betrafen vor allem die Gebiete der Landwirtschaft und der Investitionsbauten, ferner Fragen von nichteingehaltener Arbeitszeit (was anscheinend durch die eben erst angekündigten Arbeitszeitverkürzungen besonders akut wird) und von mangelhaften Erfolgen des «sozialistischen Wettbewerbs». Als Auftakt zum Ganzen war einmal mehr die im Osten in letzter Zeit so häufige Klage zu hören, «dass viele unserer Arbeiter und Angestellten ohne Rücksicht auf die gemeinsame Bedeutung der Dinge engstirnige Interessen verteidigen, die vielfach mit den gesamtstaatlichen Interessen im Widerspruch stehen.»

Novotnys (siehe Curriculum) lange Rede fand in Prag an der gesamtstaatlichen Konferenz der sozialistischen Arbeitsbrigaden statt, einer Bewegung, deren Hauptziel laut «Uj szo» (Bratislava) die Entwicklung des sozialistischen Menschentyps ist. Die Organisation mit der Parole «Leben und Arbeiten auf kommunistische Weise» ist in 32 776 Kollektivs vertreten und umfasst rund 320 000 Angehörige, die als «Pioniere der Zukunft nach Arbeitsschluss lernen, wie man eine neue Lebensweise führt.

Dieses Forum einer Volkselite wählte Novotny zu seiner detaillierten Wirtschaftskritik, die insofern etwas überrascht, als die Tschechoslowakei gerade auf diesem Sektor unter den Satelliten eine sehr starke Stellung einnimmt und insbesondere auf den Gebieten Aussenhandel und Entwicklungshilfe seine führende Rolle im Ostblock in der letzten Zeit mehrmals dokumentiert hatte.

Erfolge oder Misserfolge, wie sie der CSSR-Parteichef in Prag anprangerte, haben natürlich ihren relativen Faktor, beziehen sie sich doch auf das Plansoll, das wiederum vom mehr oder weniger ehrgeizigen Programm abhängt. Anderseits wiesen verschiedene der gerügten Mängel eine deutliche Abhängigkeit von der Plan-

36 000 Rechtsnormen

sind in den einzelnen tschechoslowakischen Ministerien überprüft und die Hälfte als veraltet bezeichnet worden, wie die juristische Kommission der Nationalversammlung mitteilte.

Schmuck für Kapitalisten

stellt die Goldschmiedegenossenschaft von Turnov her. Letztes Jahr wurden Juwelen im Wert von rund 5,5 Millionen Kronen exportiert, und zwar fast ausschliesslich nach westlichen Ländern.

Der tschechoslowakische Sport hat sich nach Ansicht von «Uj szo» in der letzten Zeit günstig entwickelt, aber noch fehlt es an der «ideologisch-erzieherischen Arbeit unter den Sporttreibenden».

Die Tschechoslowakei will bis 1965 ihre jetzige Zahl von 1,9 Millionen Fernsehkonzessionären auf 3 Millionen erhöhen. Für das gleiche Jahr ist ein Probebetrieb im Farbfernsehen geplant.

wirtschaft selbst auf und können daher als systembedingt erkannt werden.

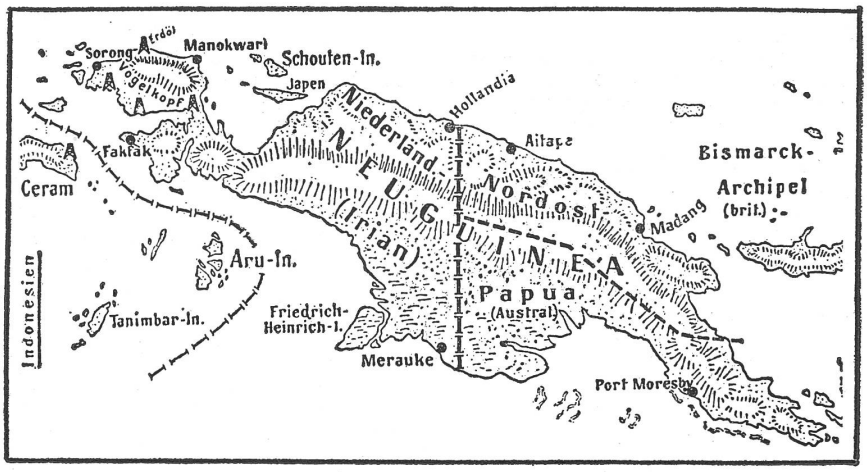
Das gilt auch von den tschechoslowakischen Investitionsbauten, wo das Plansoll für 1960 gerade bei der Schlüsselindustrie nicht erfüllt wurde, «so dass wir das erste Jahr des dritten Fünfjahresplanes (1961 bis 1965) mit bedeutender Verspätung beginnen». Dabei wurde rein volumenmässig das Programm eingehalten, aber einmal mehr zeigte es sich, dass der quantitativen Erfüllung der Normen von den einzelnen Betrieben jede Koordination geopfert wurde. Viele kleine Baubetriebe nahmen alle Arten von unbedeutenden lokalen Investitionsaufträgen an, um ihr Plansoll zu erreichen, kümmerten sich aber entsprechend weniger um die Bedürfnisse der zentralen Bauvorhaben, wenn es den Aufwand weniger lohnte. Aehnliches galt von den Maschinenlieferanten.

Die Landwirtschaft sollte nach den Plänen Novotnys besonders gefördert werden, damit sie bis 1970 das industrielle Niveau erreiche. Die letztes Jahr erzielte Produktionssteigerung von 7,2 Prozent genügt nicht. Laut «Zemedelske Noviny» ist die Landwirtschaft 1960 dem Staat 7000 Tonnen Fleisch, 35 Millionen Eier und mehr als 111 Millionen Liter Milch «schuldig geblieben». Die Kartoffelproduktion konnte nur zu 82 Prozent erfüllt werden; der Ausstand belief sich hier auf drei Millionen Tonnen.

Nun hat sich die Landwirtschaft verpflichtet, die Aufgaben des 3. Fünfjahresplanes in vier Jahren zu erfüllen. Hier hatte Novotny wieder einige Schildbürgerstreiche der Sonderinteressen zu vermerken, die mit der planwirtschaftlichen Normierung so häufig Hand in Hand gehen.

Um in einigen Kollektivbetrieben mit der vorzeitigen Planerfüllung glänzen zu können, setzte ein Bezirksnationalausschuss ganz einfach für fünf Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften die Lieferungspflichten für 1961 entsprechend herunter, nachdem man ihnen schon die Normen für das abgelaufene Jahr herabgedrückt hatte. Wenn man es entsprechend reduziert, kann man natürlich jedes Programm schneller erfüllen. «Durch Schwindel und Papierkrieg werden wir weder Milch, noch Fleisch, noch Eier bekommen, Genossen», sagte Novotny. «Diese Praktiken müssen aufhören.» Chruschtschew hatte sich vor dem ZK-Plenum nicht anders ausgedrückt. Mit Schärfe verlangte der Parteisekretär vermehrte Ausnützung der Arbeitszeit, namentlich in den Bergwerken (wo jetzt die 42- und 40-Stunden-Woche eingeführt wird), wo laut Pressemeldungen in einzelnen Bezirken die Förderung in letzter Zeit derart zurückblieb, dass die genügende Versorgung der Industrie mit Kohle gefährdet ist.

Die Ergebnisse des auf «Initiative der Werktätigen» gegründeten «sozialistischen Wettbewerbes» mit besonderen Verpflichtungen (der Bewegung sind rund drei Millionen Arbeiter angeschlossen) sind Novotny zu wenig ersichtlich. Sie würden anscheinend so verbucht, dass nach Ablauf der gesetzten Fristen in einzelnen Betrieben und in ganzen Wirtschaftszweigen niemand mehr mit konkreten Zahlen aufwarten könne. Novotny nannte zwar in seinen Ausführungen einige konkrete Fälle, aber sonst war seine Kritik allgemein gehalten und lässt keine Säuberung erwarten.



Niederländisch-Neuguinea im Blickfeld

Neuguinea wurde 1526 von Jorge de Meneses entdeckt und von ihm nach der vermeintlichen Aehnlichkeit der Bewohner mit den Negern von Guinea benannt. 1828 nahmen die Niederländer die Westhälfte als Gebiet des Sultans von Tidore in Besitz, 1884 Grossbritannien den Südost-Teil (Britisch-Neuguinea, Papua), Deutschland den Nordost-Teil (Deutsch-Neuguinea, Kaiser-Wilhelms-Land). Der deutsche Anteil wurde im September 1914 von Australien besetzt, das ihn 1921 als Völkerbundsmandat, 1946 als Treuhandschaftsgebiet der Vereinten Nationen erhielt. 1942 bis 1944 waren die Küstengebiete der Insel im Norden und Osten von den Japanern besetzt.

Niederländisch-Neuguinea war als Kolonie angeschlossen. Die niederländische Hoheit wurde 1949 nicht auf Indonesien übertragen, das Gebiet unter dem Namen «Iran» als der indonesischen Inselwelt zugehörig beansprucht (1955). Die Verwaltung übt ein niederländischer Gouverneur mit einem Regierungsrat aus.

Politisch ist Neuguinea eingeteilt in:

1. Niederländisch-Neuguinea:

Fläche: 412 800 Quadratkilometer (einschliesslich der Inseln Waigeu, Misool, Japen, Biak, Friedrich-Heinrich-Insel).

Einwohner (1950): 1 Million.

Hauptstadt: Hollandia (14 000 Einwohner).

2. Australisches Territorium Papua:

Fläche: 234 500 Quadratkilometer.

Einwohner (1952): 374 200.

Verwaltungssitz: Port Moresby.

Papua wurde 1883/84 als Britisch-Neuguinea britisches Protektorat und 1906 dem Australischen Bund übergeben.)

3. Das australische Treuhandgebiet Neuguineas (mit dem Bismarck-Archipel):

Fläche: 241 000 Quadratkilometer.

Einwohner (1952): 874 000.

Hauptstadt: Rabaul.

Die Wirtschaft Neuguineas ist wenig entwickelt. Ausser den Pflanzungen mit eingeborenen Arbeitern sind nur die Oelfelder von Sorong (NW) und die Goldfelder im Hinterlande von Salamaua und Lae wichtig. Der Verkehr ins Innere wird mit Flugzeugen aufrechterhalten, Strassen fehlen zumeist noch.

Landwirtschaft

DDR

Der Klassengegner im Stall

Landwirtschaftliche Sorgen gibt es nicht nur in der UdSSR und in China, sondern sozusagen in allen kommunistisch regierten Staaten, wobei auch hier nach Sündenböcken gesucht wird, die in den meisten Fällen — wenigstens offiziell — auch gefunden werden.

Ueber schwerwiegende «Viehverluste» berichtet die «Neue Justiz» unter dem Titel «Wie hat der Staatsanwalt des Bezirkes Erfurt mit den Mitteln der komplexen Gesetzlichkeitsaufsicht den Kampf gegen die Viehverluste geführt?»

Es heisst da unter anderem: «Aus den Uebersichten der Organe der Zentralverwaltung ... erhielten die Staatsanwälte Kenntnis davon, dass die Entwicklung der Viehbestände durch das Ansteigen der Viehverluste erheblich beeinträchtigt wird. Hinzu kamen Hinweise, dass der Klassengegner in den sozialistischen landwirtschaftlichen Betrieben seine Schädlingstätigkeit verstärkt gegen die Erhöhung der Viehbestände richtet, um die fortschreitende sozialistische Entwicklung in der Landwirtschaft zu hemmen. So mussten ... in kurzer Zeit in über 40 Fällen Notschlachtungen oder Fremdkörperoperationen vorgenommen werden, weil durch feindliche Elemente Nägel und Eisenteile unter die Futtermittel gemischt wurden. Auch Viehvergiftungen und die Verhinderung veterinärärztlicher Massnahmen, vor allem auf dem Gebiet des Seuchenschutzes, deuteten auf die Tätigkeit des Klassengegners hin.»

«Der Staatsanwalt des Kreises Mühlhausen erhielt z. B. Kenntnis davon, dass der Viehbesatz der LPG in G. sehr niedrig, in den individuellen Hauswirtschaften der einzelnen Genossenschaftsbauern der Besitz an Rindern und Schweinen dagegen sehr hoch war und nicht dem Statut entsprach. Die Genossenschaft hatte auch in ihren Viehbeständen hohe Verluste aufzuweisen, während bei den individuellen Beständen in der Vergangenheit kaum Viehschäden eingetreten waren.»

«In andern Genossenschaften verendete eine grosse Anzahl von Kälbern und Schweinen infolge schlechter Futterzu-

sammenstellung. Anstatt aus den vorhandenen Futtermengen richtige Rationen zusammenzustellen, wurde vielfach das gefüttert, was gerade greifbar war.»

«Angesichts des vor allem in den nördlichen Kreisen des Bezirkes sehr starken Auftretens von Viehseuchen, besonders der Schweinepest, wurde vermutet, dass der Klassengegner an der Verbreitung der Seuchen durch Schädlingstätigkeit beteiligt ist. Das ist inzwischen durch Aufklärung solcher Verbrechen auch erwiesen worden. So wurde gegen einen ehemaligen LPG-Vorsitzenden Anklage erhoben. Unter anderem gelang es ihm, eine hochleistungsfähige importierte Kuhherde vollkommen ausmerzen zu lassen. Bei dem Täter handelt es sich um einen eingefleischten Faschisten, der seine Zugehörigkeit zur SS verheimlicht hatte.»

Allgemein

Freundschaftsringe

Nach dem Statut des kommunistischen Jugendverbandes der DDR wären die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend (FDJ) verpflichtet, das Verbandszeichen (stilisierte untergehende Sonne) auf der Kleidung zu tragen. Das ist nun aber nur bei einem verschwindend kleinen Teil der Jugendlichen der Fall, was den Parteifunktionären Sorgen bereitet, dies um so mehr, als die FDJ damit dokumentiert, dass der Einfluss «von oben» eben auch seine natürlichen Grenzen hat. Hinzu kommt noch, dass immer wieder junge Christen, teils aus Opfermut, teils weil sie sich in ihren Arbeitsstellungen unabhängig fühlen, das silberne Kreuz ihrer Gemeinschaft am Rockaufschlag tragen. Die neueste Provokation jedoch — das FDJ-Zentralorgan «Junge Welt» wagt es kaum einzugestehen — besteht darin, dass die jugendlichen Burschen und Mädchen statt die untergehende Sonne am Revers — Freundschaftsringe an den Fingern tragen, um sich ihre gegenseitige Zuneigung zu beweisen. Die einfachen, oft nur versilberten Ringe haben grosse Verbreitung gefunden und die kommunistischen Ideologen wittern darin eine bewusste Demonstration vieler Jugendlicher, die ihre unpolitische Gedankenwelt mit diesen Ringen zum Ausdruck bringen wollen. Die Kritik an den Ringen durch die Partei hat dieser Teenager-Marotte jedoch noch grösseren Auftrieb verliehen. Selbstverständlich hätte die Regierung es in der Hand, die Anfertigung solcher «kollektiv-feindlicher Symbole» zu unterbinden, doch es stellte sich bei näherer Prüfung heraus, dass die Hersteller der Ringe volkseigene Betriebe sind. Sie produzieren die Freundschaftsringe im Rahmen des sogenannten Massenbedarfsgüter-Programms, das neben ihren eigentlichen Planaufgaben läuft und die Engpässe an Versorgungsgütern beseitigen soll.

«So sieht uns Sofia»

In Nr. 47 vom 14. Dezember 1960 berichtete der «klare Blick» über einen in der bulgarischen Zeitung «Rabotnitschesko delo» erschienenen, «mit dem Namen Albert Kühne gezeichneten Brief aus der Schweiz». Herr Albert Kühne aus Oberägeri ersucht uns um die Feststellung, dass er mit jenem Verfasser nicht identisch ist. (Vermutlich handelte es sich um ein Pseudonym.) Red. KB.

Politik

Neuguinea

«K» droht den Niederlanden

Durch den Kauf von Kriegsmaterial, den der indonesische Verteidigungsminister in Moskau für einen Kreditbetrag von 300 bis 400 Millionen Dollar tätigte und die vereinbarte Entsendung russischer militärtechnischer Berater hat sich Indonesien gleichzeitig der sowjetischen Unterstützung seiner Ansprüche auf Niederländisch-Neuguinea versichert (siehe Karte heutige Nummer des KB). Die verabredete Hilfe wurde auf einem Empfang der Sowjetregierung durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan bekanntgegeben. Die Wiederholung dieses schon früher verkündeten russischen Standpunktes in der Neuguinea-Frage erhielt ihren besonderen Akzent durch einen Zwischenruf Chruschtschews, es werde höchste Zeit für die Niederlande, sich aus Neuguinea zurückzuziehen und es seinen rechtmässigen Eigentümern zu überlassen.

Zur Wahrung ihrer Rechte haben die Niederlande eine diplomatische Verteidigungsaktion eingeleitet (Uno). Hammarskjöld hatte jedoch im Juni 1960 erklärt, er sehe «im Augenblick keinen Anlass zur Entsendung eines Uno-Vertreters nach Neuguinea», doch hofft man in Holland, dass der Generalsekretär der Uno seinen Standpunkt angesichts der jüngsten Abmachungen zwischen Russland und Indonesien geäussert habe.

Im übrigen baut die niederländische Regierung auf die USA, die zwar eine Einmischung in den niederländisch- indonesischen Zwist abgelehnt haben, denen aber nach ihrer Ansicht kaum daran gelegen sein kann, dass sich die UdSSR nun so eindeutig der Sache der Indonesier annimmt.

Politisches Kabarett

Polen

Was es noch gibt

Auf der Bühne des Warschauer Kabarets «Stodola» stehen zwei Darsteller. «Es gibt einen Gott», sagt der eine, «Es gibt keinen Gott», sagt der andere. Der Dialog setzt sich in unverändertem Wortlaut aber immer gesteigerter Tonstärke fort, bis beide brüllen. Dann kurzes Black Out, und vor dem Publikum steht ein dritter Schauspieler. «Genossen», fragte er, «aber gibt es Butter?»

Das ist eines der Beispiele aus dem satirischen Programm der polnischen Kleinbühnen, über welche die in ungarischer Sprache im jugoslawischen Novi Sad erscheinende Zeitung «Magyar szo» berichtete. In seinen «Tagebuchnotizen aus Polen» betonte Sandor Bogdanyi, das polnische Kabarett sei dem westeuropäischen Niveau gleichzustellen, übertreffe es sogar an geistreichem Inhalt und Mut.

Die unverhüllte Berichterstattung im «revisionistischen» Jugoslawien ist an sich weniger erstaunlich, als die Tatsache, dass scharfe Systematik in Polen noch einen satirischen öffentlichen Ausdruck finden kann. Gomulka zieht ja die Schraube immer fester an, um das Land aus seiner seit 1956 behaupteten Sonderstellung wieder auf die strenge Satellitenlinie zurückzuführen.

Die spektakulärsten Massnahmen in dieser Richtung erfolgten in den letzten Monaten auf wirtschaftlichem, namentlich agrarischem Gebiet, aber auch am Bestreben, das noch stark auf den Westen ausgerichtete kulturelle Leben nach Moskauer Anweisungen umzumodeln, fehlt es nicht.

Wie heftig sich die Bevölkerung aber gerade gegen die geistige Bevormundung auflehnt, zeigen die Beispiele aus den Kabaretten. Die Kritik richtet sich gegen den sowjetischen Kulturimport, gegen die Planwirtschaft und sogar direkt gegen die Partei.

So sprach der Satiriker Zalucki auf der Bühne des Kabaretts «Vagabundi» über die Zeit, da Polen als Königreich ruhmreich und mächtig war. Die monarchische Form habe also ihr Gutes, nur müsse man sie heutzutage mit der geltenden sozialistischen Weltanschauung verbinden. «Und das, Genossen, ist gar nicht schwer. Wir müssen nur einen unserer jetzigen Führer krönen, und schon haben wir statt der alten KC-Monarchie (polnisch «królewsko-cesarska = k. und k.) eine ZK-Monarchie (Zentralkomitee der Partei).

Ein beliebtes Spiel auf den polnischen Kabarettbühnen ist die Parodierung des russischen Liedes «Ej uchnjem». Das Publikum verfehlt es nicht, diese Herausforderung gegen die Verbreitung sowjetischer Kultur mit zustimmendem Gelächter zu quittieren.

Noch ein abschliessendes Muster der «Vagabundi»:

Ein junger Aktivist in einer Versicherungsanstalt empfängt eine Frau, die ihr Volksauto gegen Diebstahl versichern will. «Ueberflüssig, denn die polnische Polizei ist die beste auf der Welt», herrscht sie der Funktionär an. Nun will die Frau ihre Wohnung gegen Feuer versichern. «Wozu denn, da unsere Feuerwehr die beste auf der Welt ist?!» Die Frau, schon sehr eingeschüchtert: «Aber mit der Elektrizität könnte etwas passieren.» «Nein», tönt es zurück, «denn unsere Elektrizität ist die beste auf der Welt.» Der letzte Einwand erfolgt nur noch flüsternd: «Und wenn die Isolation unterbrochen wird?» «Da hört doch alles auf», brüllt der Mann. «Jedermann weiss doch, dass unsere Isolation die beste auf der Welt ist.»

Korruption und Kontrolle

Von der Korruption im polnischen Handel als einer Tatsache ausgehend, befasste sich die Sozialkommission des Zentralrates der Gewerkschaften mit einem Entwurf zu einer Reorganisation der «sozialen Kontrolle», die seit 1947 verschiedene Wandlungen durchmachte und heute unter dem Namen «Kommission zum Kampfe gegen die Spekulation» wirkt. Da der staatliche Kontrollapparat nicht zur genügenden Bekämpfung kleineren Missbräuchen und Vergehen nicht imstande sei, müssten neue «Soziale Arbeiterkontrollen» gegründet werden, in kleineren Geschäften und Gaststätten aus eigenem Antrieb der betreffenden Unternehmen oder auf Veranlassung der Volksräte, in den staatlichen Handelsunternehmen als gewerkschaftlich anerkannte reguläre Organe. Dort wären sie eine permanente Institution in Zusammenarbeit mit dem Handelsinspektorat.

Seit einiger Zeit haben sich in Polen die Klagen über zahlreiche Wirtschaftsdelikte auffällig vermehrt.

Curriculum der Woche

ANTONIN NOVOTNY

Erster Parteisekretär und Präsident der Tschechoslowakei. Geboren 1904 in Prag als Sohn eines Maurers. Tritt während seiner Lehrzeit als Maurer der Sozialdemokratischen Partei bei, in welcher sein Vater eine aktive Rolle spielte. Folgt 1921 dem kommunistischen Flügel, der zur eigenen Partei wird. Stetiger Aufstieg innerhalb der KP. 1935 Delegierter beim siebenten Komintern-Kongress in Moskau. Nach Rückkehr nach Prag vollamtlicher Parteifunktionär mit regionalen Organisationsaufgaben betraut. Im Weltkrieg in der kommunistischen Untergrundbewegung tätig, von der Gestapo verhaftet und 1941 bis 1945 im Konzentrationslager Mauthausen interniert. Später Rückkehr zur Parteiarbeit, Mitglied des Zentralkomitees und nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 Abgeordneter in der Nationalversammlung. In den internen Parteiauseinandersetzungen von 1951, die mit der Hinrichtung von Rudolf Slansky endeten, führte Novotny vermutlich eine dissidente junge Parteigruppe an, der sowohl Slansky als auch dem sich schliesslich behaupten-den Präsidenten Gottwald angehörten. Nach dem Fall Slanskys nimmt Novotny dessen Platz im Zentralsekretariat ein. 1953 stellvertretender Ministerpräsident unter Regierungschef Antonin Zapotocky. Kurz darauf stirbt Gottwald. Zapotocky wird Präsident, Novotny Erster Parteisekretär. Nach dem Tod Zapatockys 1957 übernimmt Novotny dessen Amt. Novotny, kein Theoretiker oder Neuerer, ist in erster Linie ein vorzüglicher Organisator. Bekannt für seinen «stalinistischen» Kurs, hatte grossen Anteil am Vorantreiben der Kollektivierung und an der Förderung der Fünfjahrespläne. Gilt als persönlich wenig anziehend, kalt und humorlos. Verheiratet, Privatleben unbekannt.

Lohnfragen

Ungarn

Gelernt und ungelernt

Durch grosse Unterschiede in der Entlöhnung sucht Ungarn die Mitglieder der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zur Aneignung und Erweiterung von Fachkenntnissen zu zwingen. Ein LPG-Mitglied mit Handlangerfertigkeiten muss viermal mehr arbeiten, um ein gleiches Einkommen zu erzielen, wie ein Angehöriger der obersten Arbeitskategorie. In der Schweiz kommt ein gelernter Arbeiter bei gleichem Arbeitsaufwand ungefähr auf den doppelten Lohn wie ein ungelernter.

Ueber die neuen sieben Arbeitskategorien auf den Kollektivwirtschaften berichtet die Budapester Zeitung «Szabad föld» ausführlich in einem Artikel über «Die Rolle der Feststellung der Arbeitsleistungen und die gerechte Einkommensverteilung». Um die verschiedenen Arbeiten in den LPGs auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und eine entsprechende Verrechnungsgrundlage zu schaffen, sind die «Arbeitseinheiten» eingeführt worden, die dem Begriff der «Tagewerke» in den übrigen Volksdemokratien und der Sowjetunion entsprechen. Die landwirtschaftlichen Arbeiten sind in Schwierigkeitsgruppen zusammengefasst, die von Eins bis Sieben reichen. Das Bewertungssystem für eine hundertprozentige Arbeitsleistung lautet:

1.	Arbeitskategorie	0,5	Arbeitseinheit
2.	»	0,75	»
3.	»	1,00	»
4.	»	1,25	»
5.	»	1,50	»
6.	»	1,75	»
7.	»	2,00	»

Auf diese Weise wird den Beschäftigten auf den Kollektivgütern besonders eindringlich nahegelegt, sich zum Wohle der Gesamtheit weiter auszubilden.

Unrentable Automiete

Wenn ein Privatwagen in Ungarn zu Erwerbszwecken ausgeliehen wird, so hat die Mietsumme nicht etwa dem Eigentümer des Autos entrichtet zu werden, sondern dem Staate. Das ist die Stellungnahme des Obersten Gerichtes, das eine anderslautende erstinstanzliche Verfügung umstiess. Da es nicht erlaubt ist, Privatwagen zu Erwerbszwecken auszunützen, ist der Vertrag zwischen Autovermieter und Mieter zwar ungültig, aber insofern doch nicht ganz nichtig, als die ausbedungene Summe eben an den Staat geht. Das Urteil stützt sich auf einen Fall, da ein Wagenvermieter nur 1000 Forint statt der abgemachten 2000 erhielt und mit dem Resultat klagte, dass sowohl er als auch sein Gegenspieler ihr Geld verloren.

Kleinhandel

Sowjetunion

Gold und Silber

Eine der Begleiterscheinungen des «neuen» Rubels war in der Sowjetunion ein gesteigerter Verkauf von Schmuckgegenständen, da die Bevölkerung dem offiziellen Goldgehalt der reorganisierten Währung anscheinend noch nicht genügend traute.

«Die Nachfrage nach Bijouterieartikeln wird immer grösser» überschrieb Mitte Januar der «Kommunist» von Erewan einen Artikel. Allein in der Armenischen Republik seien im abgelaufenen Jahr durch die staatlichen Juweliergeschäfte «Juweliertrog» für sechseinhalb Millionen Rubel mehr verkauft worden als 1959. Am meisten seien nebst Uhren Schmuckstücke aus Gold, Silber und Kristall verlangt worden. Dies ist bei den 1768 Millionen Einwohnern Armeniens sicherlich eine recht beachtliche Zunahme. Sie erklärt sich zum Teil durch das (soweit innersowjetische Verhältnisse betreffend, diesmal im Unterschied zu früheren Reformen möglicherweise unbegründete) Misstrauen gegen den neuen Rubel, lässt sich anderseits aber doch auch als Zeichen einer gesellschaftlichen «Verbürgerlichung» auffassen. Schmuck war in der Sowjetunion noch vor nicht allzu langer Zeit als bourgeoises Ueberbleibsel verpönt. Davon ist im zufriedenen Ton, mit dem «Kommunist» über den wachsenden Schmuckverkauf berichtet, bereits nichts mehr zu merken.

Sowjetische Bürokratie in Zahlen

Gewisse Resultate der sowjetischen Volkszählung vom 15. Januar 1959 wurden erst nach rund zwei Jahren veröffentlicht, darunter jene, welche die Berufsverteilung der Bevölkerung betreffen. Das gigantische Ausmass des bürokratischen Apparates dokumentiert die Tatsache, dass die Anzahl der Angestellten in der Planungs-Statistik und Kontrollorganen mit 3 501 900 angegeben wird (von 99 130 000 Erwerbstätigen). Dabei ist die Aufstellung erst noch stark frisiert, da zahlreiche Funktionäre, die in ihren Betrieben ausschliesslich administrativ (z. B. für «technische Kontrolle») tätig sind, als Arbeiter gelten.

Religion

Bulgarien

Altehrwürdiger Atheismus

Nicht nur den dialektischen Materialismus, sondern den «gesunden Volksverstand» invoziert neuerdings die bulgarische Presse in ihrem Kampf gegen die Religion. Die «Cernomorski Front» von Burgas unternahm in ihrer Nummer vom 15. Januar den Versuch, die Richtigkeit des Atheismus anhand alter Sprichwörter zu belegen.

Dem Zweck dieser in der kommunistischen Taktik sonst eher ungebräuchlichen Methode dient etwa eine Redensart aus der Zeit der Monarchie: «Der König ist sehr weit, und Gott ist sehr hoch.» Oder «Weder pflügt Gott, noch hackt er, sondern er sammelt.» Der Spruch «Wer mit der Wissenschaft befreundet ist, braucht keinen Gott», nimmt sich als «alte Volksweisheit» ziemlich verdächtig aus und erinnert schon eher an einen modernen Propagandaslogan. Auch das «Pharisäertum» der Geistlichen sei Inhalt zahlreicher Sprichwörter: «Er (der Priester) segnet mit der einen Hand, die andere hält er heischend hin, zum Geben bleibt ihm keine.»

Solche Versuche sind recht aufschlussreich. Ueblicherweise fordert die atheistische Kampagne ja immer zur Ausrottung der Ueberreste alten Aberglaubens auf und spielt recht eigentlich die neue Erkenntnis gegen den alten verwurzelten Glauben aus, und selbst der Satz ist gelegentlich zu hören, der Marxismus-Leninismus stelle den einzigen brauchbaren Atheismus dar. Aber anscheinend will man mit solchen Begründungen die Bevölkerung nicht zuviel vor den Kopf stossen. Somit bedient sich die Partei für ihre antireligiöse «Beweisführung» der gleichen Quelle, die sie sonst immer wieder als Herd des Aberglaubens schmäht.

Frechheit

ist dafür ein Euphemismus: Im Dezember hatten griechisch-bulgarische Gespräche zur Lösung verschiedener Differenzen zwischen den beiden Ländern begonnen. Athen hatte unter der Bedingung eingewilligt, dass dabei noch hängige Reparationsfragen geregelt würden, da Bulgarien im Kriege Besetzungsmacht in Griechenland gewesen war. Die Bulgaren stimmten zu und präsentierten eine Rechnung von 200 Millionen Dollar für Bauwerke (darunter militärische Anlagen), die sie unter Nazi-Oberbefehl damals in Griechenland errichtet hatten. Dieses Guthaben aus ihrer monarchischen Zeit forderten sie in allem Ernst. Die Verhandlungen sind jetzt abgebrochen worden.

Bulgarien wird laut «Otetschestven Front» 70 000 Tonnen Zement für den Bau des Assuandammes liefern.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum.

DER KLARE BLICK

1. Februar 1961

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe, Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

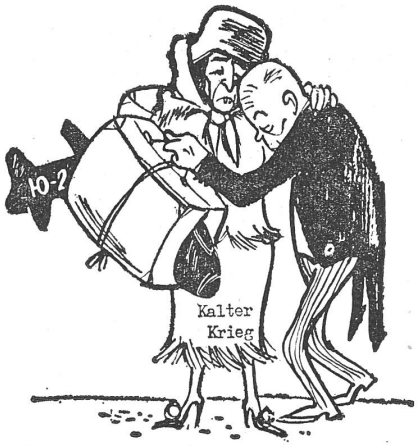
Die Solidaritätskundgebungen und Unterstützungsaktionen, die in den kommunistischen Staaten für die Streikenden in Belgien veranstaltet wurden, liefern ein gutes Anschauungsbeispiel für die zweideutige Auffassung und das entsprechende Vorgehen des marxistisch-leninistischen Systems. Denn ein Streik im gleichen Ausmass hätte im kommunistischen Machtbereich zahlreiche schwere Freiheitsstrafen und Todesurteile nach sich gezogen.

Zwar wird der Streik von Lenin und allen Parteitheoretikern als Mittel im Klassenkampf gegen das kapitalistische System gefordert, aber nach durchgeführtem Umbruch wird ihm jede potentielle Berechtigung abgesprochen. Mit der Oktoberrevolution «wurde die sozialwirtschaftliche Grundlage des Streiks liquidiert», heisst es in der Grossen Sowjetenzyklopädie, und konsequenterweise kennt das sowjetische Recht den Begriff des Streikes überhaupt nicht; das Stichwort ist im zweibändigen juristischen Lexikon nicht einmal erwähnt. Eine parallele Umdeutung erfährt die Rolle der Gewerkschaften. Vor der kommunistischen Machtergreifung sollen sie den Kampf der Werktätigen gegen das Wirtschaftssystem organisieren, darnach aber haben sie laut dem angeführten enzyklopädischen Standardwerk «zur Schule des Kommunismus und zum Wegweiser der Parteipolitik unter den Massen» zu werden.

Kennt aber das kommunistische System den Begriff des Streikes nicht, so kennt es um so besser jenen der Arbeitsdisziplin, deren Einhaltung laut Artikel 130 der sowjetischen Verfassung konstitutionelle Pflicht jedes Staatsbürgers ist. Dreimalige Verspätung mit einem Arbeitsverlust von mehr als 20 Minuten innerhalb von zwei Monaten wurde beispielsweise bis 1956 als «Versäumnis» betrachtet, das mit sechs Monaten «Arbeitserziehung» unter Entzug von 25 Prozent des Lohnes geahndet werden konnte. Ein schweres Versäumnis (von über drei Tagen) aber wurde als Sabotage behandelt und zog die entsprechenden schweren Freiheitsstrafen oder Deportation nach sich. 1956 trat eine vorübergehende Milderung ein, da Arbeitsversäumnis disziplinarisch bestraft wurde. Neuerdings aber verfügen die Kameradschaftsgerichte wiederum Deportationen bis zu fünf Jahren für Arbeitsversäumnis.

Besonders typisch war das Vorgehen gegen Streik in den Volksdemokratien. In den Jahren 1945 bis 1947, als die private Wirtschaft noch stark war, garantierte der Staat das Streikrecht, hob es aber gleich nach der Erweiterung des «sozialistischen» Industriesektors wieder auf. Laut dem ungarischen Strafgesetzbuch beispielsweise wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft: wer streikt, fehlerhafte oder langsame Arbeit verrichtet, widerrechtlich in einen Betriebsraum eindringt oder auf andere Weise vorsätzlich stört. Wird die Strafhandlung auf Grund vorhergehender Verabredung begangen, zieht sie eine Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren nach sich.

Dabei ist diese Theorie noch viel milder als es dann tatsächlich die Praxis war. Denn als es 1956 anlässlich des Ungarnaufstandes wirklich einmal selbst im kommunistischen System zum Streik kam, wurde gegen die Streikenden die Anwendung der beschleunigten Sonderverfahren mit anschliessender Hinrichtung verfügt. Dass dies nicht nur auf Grund des momentanen Terrors geschah, zeigt die Aufnahme der entsprechenden Regeln in der amtlichen Gesetzessammlung, die 1958 erschien. Das sind die Grundlagen, auf denen die Gewerkschaften kommunistischer Staaten den Streikenden im Westen ihre «Solidarität» zusichern können.



They didn't like Ike

Wenn die kommunistische Presse (mit Ausnahme Chinas und Albaniens) Kennedys Amtsantritt als möglichen Wiederbeginn einer Roosevelt-Epoche feierte, so wurde auch nicht vergessen, die scheidende Eisenhower-Regierung mit einer abschliessenden Flut von Vorwürfen über «Militarismus» und «Imperialismus» zu bedenken. Auffälligerweise musste im letzten Jahr der amerikanische Präsident alle Beschimpfungen, die zuvor in erster Linie Dulles galten, für seine eigene Person einstecken. (Anderseits geistert auch heute noch in Karikaturen über «typische» Beamte des Staatssekretariats die Figur des verstorbenen Aussenministers.)

Von den Karikaturen über den Regierungswechsel in Washington weisen die bulgarischen Zeichnungen — einmal mehr — besondere Prägnanz auf. «Otetschestven Front» zeichnet den Abschied Eisenhowers (mit der U-2 im Koffer) vom Kalten Krieg, der gerührt versichert: «Ich werde dich nie vergessen.» Und «Rabotnitschesko delo» zeigt Eisenhowers Amtsübergabe an Kennedy: «Dein Regierungssessel, lieber Jack.»

Der Schnappschuss

Planwirtschaftliche Erscheinungen im Aerzteberuf. Nach sowjetischen Angaben hat ein Arzt beim Besuch eines einzelnen Patienten etwa sieben bis fünfzehn handschriftliche Eintragungen vorzunehmen. Damit dürften ihm von der Untersuchungszeit von zehn Minuten, die etwa das «Plansoll» eines Internisten darstellen, noch etwa drei Minuten für die tatsächliche Untersuchung des Patienten bleiben.

*

Nur für Verlobte ist ein grosses Warenhaus in Moskau bestimmt, wo den jungen Leuten Hochzeitskleider, Goldringe und Ausstattungsgegenstände mit besonders freundlicher Bedienung angeboten werden. «Wir wollen die alte russische Tradition einer ganz neuen Aussteuer hochhalten», erklärt der Leiter Jewgeni Naigowsin. Nicht zu vergessen ist allerdings, dass diese attraktive Idee die Ausnahme von der Regel darstellt, wonach das staatlich gelenkte Angebot und nicht die Nachfrage der Käufer den Markt bestimmt.

*

Symbolisch? Kuba importierte neulich aus China 50 Kisten Pingpongbälle.

*

Die LPG «Freier Wille» in Ostdeutschland macht ihr Stellenangebot für eine Melkerfamilie dadurch attraktiv, dass sie den Bewerbern zusichert, die Futtergrundlage für die zu betreuenden Milchkühe sei gesichert.

*

Mauerkübel aus der Verschalung von Autolampen, das wird in einem Leserbrief der «Stroitelnaja Gasjeta» als Beispiel für Bauwerkzeuge angeführt, die man bei «Privaten» zu übersetzten Preisen kaufen müsse, weil die an sich zuständigen staatlichen Organisationen «sich nicht mit solchen Kleinigkeiten abgeben».

*

Bulgarische Lehrer korrigieren Schularbeiten mit derselben Tinte, mit der sie geschrieben wurden, um ihr Plansoll an guten Schülern zu erreichen. Solche und ähnliche Täuschungen konstatiert «Ratotnitschesko delo» in einem Artikel, der das vor sechs Jahren beschlossene System kritisiert, die Leistungen der Lehrer nach der Prozentzahl ihrer Schüler mit guten Noten zu beurteilen. Folge davon sei jetzt die «Prozentonamie» beim Lehrpersonal.